

Öffentliche Konsultation zur Eignungsprüfung des europäischen Verbraucherrechts zur digitalen Fairness

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

Einführung

Die Kommission hat in der [neuen Verbraucheragenda](#) angekündigt, dass sie prüfen wird, ob mittelfristig zusätzliche Rechtsvorschriften oder andere Maßnahmen erforderlich sind, um online wie offline für das gleiche Maß an Fairness zu sorgen. Zu diesem Zweck hat die Kommission im März 2022 eine **Eignungsprüfung des EU-Verbraucherrechts zur digitalen Fairness** eingeleitet, um zu ermitteln, ob die wichtigen bestehenden horizontalen Instrumente des Verbraucherrechts weiterhin angemessen sind, um ein hohes Verbraucherschutzniveau im digitalen Umfeld zu gewährleisten. Die Eignungsprüfung bezieht sich auf drei Richtlinien:

- [die Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken](#),
- [die Richtlinie 2011/83/EU über die Rechte der Verbraucher](#) und
- [die Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Vertragsklauseln](#).

Mit der kürzlich angenommenen [Modernisierungsrichtlinie](#) und der [Richtlinie über digitale Inhalte](#) werden bestimmte Herausforderungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher angegangen, z. B. in Bezug auf die Transparenz der personalisierten Preisgestaltung, Verbraucherbewertungen, „kostenlose“ digitale Dienste, das Ranking von Suchergebnissen und die Pflichten von Online-Marktplätzen. Zusätzliche Schutzmaßnahmen sind im Rahmen neuer EU-Rechtsvorschriften wie dem [Gesetz über digitale Dienste](#), dem [Gesetz über digitale Märkte](#), dem [Gesetz über künstliche Intelligenz](#) und dem [Datengesetz](#) vorgesehen. Im Rahmen der Eignungsprüfung soll geprüft werden, ob die bestehenden EU-Vorschriften für Fragen des Verbraucherschutzes, beispielsweise in Bezug auf Schwachpunkte von Verbrauchern, „Dark Patterns“, Personalisierungspraktiken, Influencer-Marketing, Vertragsauflösung, Abonnementverträge, die Vermarktung von Waren mit digitalem Inhalt (z.B. in Videospielen) und die suchterzeugende Nutzung digitaler Produkte, angemessen sind. Ferner soll bewertet werden, ob der bestehende Rechtsrahmen von einer gezielten Stärkung oder Straffung profitieren würde, wobei den unlängst angenommenen wie auch künftigen Rechtsvorschriften Rechnung getragen und die Kohärenz mit diesen sichergestellt wird. Zusätzlich sollen Möglichkeiten für eine Verringerung des Verwaltungsaufwands sowie für Kosteneinsparungen und Vereinfachungen geprüft werden.

Vom 17. Mai bis zum 14. Juni 2022 hat die Kommission eine [Konsultation](#) durchgeführt, bei der sie alle interessierten Parteien eingeladen hat, erste Rückmeldungen zu der Eignungsprüfung zu übermitteln. Im Rahmen dieser öffentlichen Konsultation holt die Kommission weitere Rückmeldungen aller interessierten Kreise zu der Eignungsprüfung ein.

Die öffentliche Konsultation läuft über 12 Wochen.

Sie können in jeder Amtssprache der EU antworten.

Die öffentliche Konsultation richtet sich an alle Interessenträger und die breite Öffentlichkeit. Sie erfolgt mittels eines **kurzen Fragebogens** für einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher und eines **ausführlichen Fragebogens** für Organisationen (Verbraucher- und Unternehmensverbände, Behörden, Unternehmen usw.). Die Beantwortung des ausführlichen Fragebogens ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher fakultativ.

Sie werden bei der Beantwortung der Fragen aufgefordert, eines der entsprechenden Multiple-Choice-Kästchen anzukreuzen. Auf Wunsch können Sie auch Anmerkungen zu bestimmten Fragen hinzufügen. Wenn Sie die Antwort auf eine Frage nicht kennen, kreuzen Sie bitte „Weiß nicht“ an.

Denken Sie daran, den Fragebogen während des Ausfüllens regelmäßig zu speichern und ihn vor Ablauf der Konsultation abzuschicken (über die Schaltfläche „Abschicken“ am Ende). Um die Vorbereitung zu vereinfachen oder sich vorab mit Kolleginnen und Kollegen zu besprechen, können Sie den Fragebogen vor dem Ausfüllen im PDF-Format herunterladen. Sie haben auch die Möglichkeit, eine elektronische Kopie Ihrer Antworten herunterzuladen.

Über Sie

* Sprache Ihres Beitrags:

- Bulgarisch
- Dänisch
- Deutsch
- Englisch
- Estnisch
- Finnisch
- Französisch
- Griechisch
- Irisch
- Italienisch
- Kroatisch
- Lettisch
- Litauisch
- Maltesisch
- Niederländisch
- Polnisch
- Portugiesisch
- Rumänisch
- Schwedisch
- Slowakisch
- Slowenisch

- Spanisch
- Tschechisch
- Ungarisch

* In welcher Eigenschaft nehmen Sie an dieser Konsultation teil?

- Hochschule/Forschungseinrichtung
- Wirtschaftsverband
- Unternehmen/Unternehmensverband
- Verbraucherverband
- EU-Bürger(in)
- Umweltorganisation
- Nicht-EU-Bürger(in)
- Nichtregierungsorganisation (NRO)
- Behörde
- Gewerkschaft
- Sonstiges

* Vorname

Legal Policy Department

* Nachname

AUSTRIAN FEDERAL ECONOMIC CHAMBER

* E-Mail-Adresse (wird nicht veröffentlicht)

rp@wko.at

* Name der Organisation

höchstens 255 Zeichen

Wirtschaftskammer Österreich

* Größe der Organisation

- Sehr klein (1 bis 9 Beschäftigte)
- Klein (10 bis 49 Beschäftigte)
- Mittel (50 bis 249 Beschäftigte)

- Groß (250 oder mehr Beschäftigte)

Nummer im Transparenzregister

höchstens 255 Zeichen

Ist Ihre Organisation im [Transparenzregister](#) eingetragen? Das Transparenzregister ist eine freiwillige Datenbank für Organisationen, die Einfluss auf EU-Entscheidungsprozesse nehmen möchten.

10405322962-08

* Herkunftsland

Bitte geben Sie Ihr Herkunftsland oder das Ihrer Organisation an.

Diese Liste gibt nicht den offiziellen Standpunkt der EU-Organe bezüglich des rechtlichen Status der genannten Gebiete oder ihrer diesbezüglichen Politik wieder. Es handelt sich um eine Zusammenstellung oftmals voneinander abweichender Listen und Gepflogenheiten.

- | | | | |
|--|--|--------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Afghanistan | <input type="radio"/> Finnland | <input type="radio"/> Litauen | <input type="radio"/> Schweden |
| <input type="radio"/> Ägypten | <input type="radio"/> Frankreich | <input type="radio"/> Luxemburg | <input type="radio"/> Schweiz |
| <input type="radio"/> Ålandinseln | <input type="radio"/> Französische Süd- und Antarktisgebiete | <input type="radio"/> Macau | <input type="radio"/> Senegal |
| <input type="radio"/> Albanien | <input type="radio"/> Französisch-Guayana | <input type="radio"/> Madagaskar | <input type="radio"/> Serbien |
| <input type="radio"/> Algerien | <input type="radio"/> Französisch-Polynesien | <input type="radio"/> Malawi | <input type="radio"/> Seychellen |
| <input type="radio"/> Amerikanische Jungferninseln | <input type="radio"/> Gabun | <input type="radio"/> Malaysia | <input type="radio"/> Sierra Leone |
| <input type="radio"/> Amerikanisch-Samoa | <input type="radio"/> Gambia | <input type="radio"/> Malediven | <input type="radio"/> Simbabwe |
| <input type="radio"/> Andorra | <input type="radio"/> Georgien | <input type="radio"/> Mali | <input type="radio"/> Singapur |
| <input type="radio"/> Angola | <input type="radio"/> Ghana | <input type="radio"/> Malta | <input type="radio"/> Sint Maarten |
| <input type="radio"/> Anguilla | <input type="radio"/> Gibraltar | <input type="radio"/> Marokko | <input type="radio"/> Slowakei |
| <input type="radio"/> Antarktis | <input type="radio"/> Grenada | <input type="radio"/> Marshallinseln | <input type="radio"/> Slowenien |
| <input type="radio"/> Antigua und Barbuda | <input type="radio"/> Griechenland | <input type="radio"/> Martinique | <input type="radio"/> Somalia |
| <input type="radio"/> Äquatorialguinea | <input type="radio"/> Grönland | <input type="radio"/> Mauretanien | <input type="radio"/> Spanien |
| <input type="radio"/> Argentinien | <input type="radio"/> Guadeloupe | <input type="radio"/> Mauritius | <input type="radio"/> Sri Lanka |
| <input type="radio"/> Armenien | <input type="radio"/> Guam | <input type="radio"/> Mayotte | <input type="radio"/> St. Barthélemy |

- Aruba
- Aserbaidshan
- Äthiopien
- Australien
- Bahamas
- Bahrain
- Bangladesch
- Barbados
- Belarus
- Belgien
- Belize
- Benin
- Bermuda
- Bhutan
- Bolivien
- Bonaire,
St. Eustatius und
Saba
- Bosnien und
Herzegowina
- Botsuana
- Bouvetinsel
- Brasilien
- Britische
Jungferninseln
- Guatemala
- Guernsey
- Guinea
- Guinea-Bissau
- Guyana
- Haiti
- Heard und die
McDonaldinseln
- Honduras
- Hongkong
- Indien
- Indonesien
- Insel Man
- Irak
- Iran
- Irland
- Island
- Israel
- Italien
- Jamaika
- Japan
- Jemen
- Mexiko
- Mikronesien
- Moldau
- Monaco
- Mongolei
- Montenegro
- Montserrat
- Mosambik
- Myanmar/Birma
- Namibia
- Nauru
- Nepal
- Neukaledonien
- Neuseeland
- Nicaragua
- Niederlande
- Niger
- Nigeria
- Niue
- Nordkorea
- Nördliche
Marianen
- St. Helena,
Ascension und
Tristan da Cunha
- St. Kitts und
Nevis
- St. Lucia
- St. Martin
- St. Pierre und
Miquelon
- St. Vincent und
die Grenadinen
- Südafrika
- Sudan
- Südgeorgien
und Südliche
Sandwichinseln
- Südkorea
- Südsudan
- Suriname
- Svalbard und
Jan Mayen
- Syrien
- Tadschikistan
- Taiwan
- Tansania
- Thailand
- Timor-Leste
- Togo
- Tokelau

- Britisches Territorium im Indischen Ozean
- Jersey
- Nordmazedonien
- Tonga
- Brunei
- Jordanien
- Norfolkinsel
- Trinidad und Tobago
- Bulgarien
- Kaimaninseln
- Norwegen
- Tschad
- Burkina Faso
- Kambodscha
- Oman
- Tschechien
- Burundi
- Kamerun
- Österreich
- Tunesien
- Cabo Verde
- Kanada
- Pakistan
- Türkei
- Chile
- Kasachstan
- Palästina
- Turkmenistan
- China
- Katar
- Palau
- Turks- und Caicosinseln
- Clipperton
- Kenia
- Panama
- Tuvalu
- Cookinseln
- Kirgisistan
- Papua-Neuguinea
- Uganda
- Costa Rica
- Kiribati
- Paraguay
- Ukraine
- Côte d'Ivoire
- Kleinere Amerikanische Überseeinseln
- Peru
- Ungarn
- Curaçao
- Kokosinseln (Keelinginseln)
- Philippinen
- Uruguay
- Dänemark
- Kolumbien
- Pitcairninseln
- Usbekistan
- Demokratische Republik Kongo
- Komoren
- Polen
- Vanuatu
- Deutschland
- Kongo
- Portugal
- Vatikanstadt
- Dominica
- Kosovo
- Puerto Rico
- Venezuela
- Dominikanische Republik
- Kroatien
- Réunion
- Vereinigte Arabische Emirate
- Dschibuti
- Kuba
- Ruanda
- Vereinigtes Königreich
- Ecuador
- Kuwait
- Rumänien
- Vereinigte Staaten
- El Salvador
- Laos
- Russland
- Vietnam

- | | | | |
|--------------------------------------|-------------------------------------|---|--|
| <input type="radio"/> Eritrea | <input type="radio"/> Lesotho | <input type="radio"/> Salomonen | <input type="radio"/> Wallis und Futuna |
| <input type="radio"/> Estland | <input type="radio"/> Lettland | <input type="radio"/> Sambia | <input type="radio"/> Weihnachtsinsel |
| <input type="radio"/> Eswatini | <input type="radio"/> Libanon | <input type="radio"/> Samoa | <input type="radio"/> Westsahara |
| <input type="radio"/> Falklandinseln | <input type="radio"/> Liberia | <input type="radio"/> San Marino | <input type="radio"/> Zentralafrikanische Republik |
| <input type="radio"/> Färöer | <input type="radio"/> Libyen | <input type="radio"/> São Tomé und Príncipe | <input type="radio"/> Zypern |
| <input type="radio"/> Fidschi | <input type="radio"/> Liechtenstein | <input type="radio"/> Saudi-Arabien | |

Die Kommission wird alle Beiträge zu dieser öffentlichen Konsultation veröffentlichen. Sie können selbst entscheiden, ob Ihre Angaben bei der Veröffentlichung Ihres Beitrags offengelegt werden oder ob Sie anonym bleiben. **Aus Gründen der Transparenz werden stets die Teilnehmerkategorie (z. B. „Wirtschaftsverband“, „Verbraucherverband“, „EU-Bürger(in)“), das Herkunftsland und ggf. der Name und die Größe der Organisation sowie deren Transparenzregisternummer veröffentlicht. Ihre E-Mail-Adresse wird niemals veröffentlicht.** Wählen Sie die Datenschutzoption aus, die Ihnen am meisten zusagt. Die Standarddatenschutzoptionen richten sich nach der gewählten Teilnehmerkategorie.

* Datenschutzeinstellungen für die Veröffentlichung des Beitrags

Die Kommission wird die Antworten auf diese öffentliche Konsultation veröffentlichen. Sie können selbst entscheiden, ob Ihre Angaben offengelegt werden oder ob Sie anonym bleiben möchten.

Anonym

Es werden nur Angaben zur Organisation veröffentlicht: Die Teilnehmerkategorie, der Name und die Transparenzregisternummer der Organisation, in deren Namen Sie an der Konsultation teilnehmen, sowie deren Größe und Herkunftsland und Ihr Beitrag werden in der eingegangenen Form veröffentlicht. Ihr Name wird nicht veröffentlicht. Bitte machen Sie in Ihrem Beitrag keine personenbezogenen Angaben, wenn Sie anonym bleiben möchten.

Öffentlich

Angaben zur Organisation und zum Konsultationsteilnehmer werden veröffentlicht: Die Teilnehmerkategorie, der Name und die Transparenzregisternummer der Organisation, in deren Namen Sie an der Konsultation teilnehmen, sowie deren Größe und Herkunftsland und Ihr Beitrag werden in der eingegangenen Form veröffentlicht. Ihr Name wird ebenfalls veröffentlicht.

Ich stimme den [Datenschutzbestimmungen](#) zu.

Ausführlicher Fragebogen

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	Stimme vollkommen zu	Stimme zu	Weder - noch	Stimme nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
* Für den Schutz der Rechte der Verbraucher im digitalen Umfeld ist ein solider Rechtsrahmen erforderlich.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Das bestehende EU-Verbraucherrecht bietet hinreichenden Schutz im digitalen Umfeld.	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Das bestehende EU-Verbraucherrecht weist rechtliche Lücken und/oder Unsicherheiten auf.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Die Gewerbetreibenden halten sich im Allgemeinen eng an das bestehende EU-Verbraucherrecht im digitalen Umfeld.	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Der Verbraucherschutz im digitalen Umfeld sollte auf EU-Ebene einheitlich geregelt werden.	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Das bestehende EU-Verbraucherrecht steht im Einklang mit anderen Rechtsvorschriften wie den Datenschutzvorschriften, neuen Vorschriften für Online-Plattformen, Vorschriften über künstliche Intelligenz usw.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* In den bestehenden EU-Verbraucherschutzvorschriften gibt es einen gewissen Spielraum für Vereinfachungen und eine Verringerung des Verwaltungsaufwands .	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bitte erläutern Sie Ihre Antworten unter Angabe etwaiger weiterer Probleme, die Sie ansprechen möchten.

Wie **positiv/negativ** sind die **Auswirkungen** des bestehenden EU-Verbraucherrechts auf die folgenden Aspekte im digitalen Umfeld?

	Sehr positiv	Eher positiv	Weder - noch	Eher negativ	Sehr negativ	Weiß nicht
* Umfang und Relevanz der Verbraucherinformationen zur Ermöglichung von Vergleichen und fundierten Kaufentscheidungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen, die sich an Verbraucher in der EU wenden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Vorschriftendurchsetzung durch EU-Koordinierungsmechanismen (Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz) bei grenzüberschreitenden Verstößen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Schutz der Verbraucher vor unlauteren Geschäftspraktiken	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Schutz schutzbedürftiger Verbraucher (z. B. Minderjährige, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Verfügbarkeit und Auswahl von Produkten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Preise der Produkte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Kundenzahl und Einnahmen von Unternehmen, die Verbraucher in der EU beliefern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Zunahme des nationalen elektronischen Handels (d. h. in Ihrem EU-Land)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Zunahme des EU-weiten elektronischen Handels	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen gegenüber Unternehmen aus Drittländern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bitte erläutern Sie Ihre Antwort.

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen über **mögliche Bereiche für eine Verbesserung der EU-Verbraucherschutzvorschriften** zum Nutzen der Verbraucher zu?

	Stimme vollkommen zu	Stimme zu	Weder - noch	Stimme nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
* Es bedarf eines stärkeren Schutzes vor digitalen Praktiken, die die Entscheidungsfindung der Verbraucher in unlauterer Weise beeinflussen (z. B. manipulative Websites/App-Designs, bei denen die Auswahlmöglichkeiten „Ja“ und „Nein“ irreführend dargestellt werden oder erst zahlreiche Hindernisse überwunden werden müssen, bevor auf einen Link zu der gesuchten Kündigungs- oder Abmeldungsmöglichkeit zugegriffen werden kann).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Immer wenn Gewerbetreibende von Verbrauchern die Einwilligung in ihre Geschäftsbedingungen verlangen, sollte den Verbrauchern eine leicht verständliche Zusammenfassung der wichtigsten Geschäftsbedingungen in leicht zugänglicher Weise zur Verfügung gestellt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Bei der Kündigung von Verträgen würde ein klares technisches Mittel (z. B. eine deutlich sichtbare Schaltfläche) den Verbrauchern helfen, den Vertrag leichter zu kündigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Die Übersendung einer Bestätigung (z. B. per E-Mail) bei Vertragskündigung durch einen Verbraucher würde den Verbrauchern helfen, zu überprüfen, ob ihr Vertrag erfolgreich beendet wurde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Ein Erinnerungsschreiben vor jeder automatischen Verlängerung von Verträgen über digitale Abonnements würde den Verbrauchern bei der Entscheidung helfen, ob sie einen Vertrag verlängern wollen oder nicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Erinnerungsschreiben zu ihren Abonnements nach einer bestimmten Zeit der Untätigkeit könnten für Verbraucher von Vorteil sein, die andernfalls vergessen hätten, dass ihr Abonnement existiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>

* Bei der Anmeldung zu einem kostenlosen Testprodukt sollten keine Zahlungsdetails der Verbraucher angefordert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Es könnte für die Verbraucher von Vorteil sein, wenn für ihren Wechsel von einem kostenlosen Testprodukt zu einem kostenpflichtigen Dienst ihre ausdrückliche Einwilligung erforderlich wäre.	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Die ausdrückliche Möglichkeit, nicht personalisierte kommerzielle Angebote (z. B. nicht personalisierte Werbung oder nicht personalisierte Preise) anstelle personalisierter Angebote zu erhalten, hätte für die Verbraucher den Vorteil einer größeren Auswahl.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Es ist größere Preistransparenz beim Kauf virtueller Artikel mit einer virtuellen Zwischenwährung (z. B. Spielwährung bei Videospiele) erforderlich.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Es bedarf größerer Transparenz in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit, bestimmte Artikel mit einem Randomisierungselement aus bezahlten Inhalten zu erhalten (z. B. Preisräder, Loot- oder Mystery-Boxen in Videospiele, Kartenpakete).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Eine Möglichkeit für Verbraucher, hinsichtlich der Zeit und des Geldes, die bzw. das sie bei der Nutzung digitaler Dienste maximal aufwenden möchten (beispielsweise für In-App-Käufe in Videospiele), Grenzen festzulegen, könnte zu einem besseren Schutz der Verbraucher beitragen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Es wäre von Vorteil, wenn der Begriff „Influencer“ (mit dem beispielsweise in den sozialen Medien tätige Personen bezeichnet werden) geklärt würde und die Pflichten der Gewerbetreibenden gegenüber den Verbrauchern präzisiert würden.	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
* Werden Automatisierung oder Bots zur Bearbeitung von Verbraucherbeschwerden und anderen Anfragen eingesetzt, so sollten die Verbraucher die Möglichkeit haben, sich auf Anfrage an einen menschlichen Ansprechpartner zu wenden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

<p>* Es sollte möglich sein, die Möglichkeit von Wiederverkäufern einzuschränken, gefragte Verbrauchererzeugnisse mithilfe automatisierter Mittel (Software-Bots) zu erwerben, um sie zu einem höheren Preis weiterzuverkaufen.</p>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
<p>* Für den Verkauf von Produkten wie Veranstaltungstickets auf dem Sekundärmarkt sollten spezifischere Informationspflichten gelten.</p>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<p>* Die Pflicht des Gewerbetreibenden zur „beruflichen Sorgfalt“^[1] gegenüber den Verbrauchern sollte im digitalen Kontext näher definiert werden.</p>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
<p>* Die Beweislast für die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen sollte unter bestimmten Umständen auf den Gewerbetreibenden verlagert werden (z. B. wenn nur das Unternehmen die Komplexität der Funktionsweise seiner digitalen Dienstleistung kennt).</p>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
<p>* Die Begriffe „Durchschnittsverbraucher“ und „schutzbedürftiger Verbraucher“ könnten durch zusätzliche Benchmarks oder Faktoren angepasst oder ergänzt werden.^[2]</p>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>

[1] [Im Allgemeinen bezeichnet „berufliche Sorgfalt“ den Standard an Fachkenntnissen und Sorgfalt, bei denen billigerweise davon ausgegangen werden kann, dass der Gewerbetreibende sie gegenüber dem Verbraucher gemäß den anständigen Marktgepflogenheiten und/oder dem allgemeinen Grundsatz von Treu und Glauben in seinem Tätigkeitsbereich anwendet.]

[2] [Nach der Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs ist der Durchschnittsverbraucher ein Verbraucher, der unter Berücksichtigung sozialer, kultureller und sprachlicher Faktoren angemessen gut unterrichtet und angemessen aufmerksam und kritisch ist. Nach geltendem EU-Recht sind schutzbedürftige Verbraucher solche, die beispielsweise aufgrund von geistigen oder körperlichen Gebrechen, Alter oder Leichtgläubigkeit besonders anfällig für unlautere Geschäftspraktiken sind.]

Bitte erläutern Sie Ihre Antworten, einschließlich Anregungen zu diesem Bereich oder zu anderen Bereichen, in denen die derzeitigen EU-Verbraucherschutzvorschriften verbessert werden könnten.

Hier können Sie zusätzlich ein **Strategiepapier** hochladen.

Zulässiges Dateiformat: pdf,txt,doc,docx,odt,rtf

f2a5c8ba-84a5-40aa-81ad-51bc82ffcab8/R_ckmldngKonsltFitnessfinal260123.pdf

Contact

JUST-E2-COMMUNICATION@ec.europa.eu